

IT-8144 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4007/18

1992-12-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Freund, Kraft  
und Kollegen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Bahnverbindungen der Region Braunau  
(Regionalanliegen Nr. 133)

Im Bezirk Braunau stieg die Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten zehn Monate sprunghaft an. Die Firma Sakog baut 200 Arbeitskräfte ab, Telefunken 300 und die AMAG 1300. Auf Grund dieser schlechten wirtschaftlichen Situation herrschen große Unruhe und Sorge hinsichtlich der beruflichen Zukunft in der Bevölkerung. Die oben angeführten Entlassungen werden eine große Anzahl der Einwohner des Bezirks Braunau dazu zwingen, täglich weite Strecken zu einem neuen Arbeitsplatz zurückzulegen, wie beispielsweise nach Linz oder Wels.

Für diesen Weg werden viele die Bundesbahn benutzen wollen, was sich aber beim derzeit gültigen Fahrplan schwierig gestalten wird. So ist zwischen Braunau und Linz kein direkter Zug im Einsatz. Die einzigen Verbindungen sind morgens um 5.16 Uhr oder 6.35 Uhr, Umsteigemöglichkeit in Wels, abends um 15.50 Uhr oder 17.53 Uhr, Umsteigemöglichkeit in Neumarkt; die Fahrtzeit beträgt jeweils zwei Stunden.

Durch zahlreiche unbeschränkte Bahnübergänge ereignen sich im Bezirk Braunau immer wieder schwerste Unfälle, leider nicht selten mit tödlichem Ausgang. Auf der Strecke von Neumarkt a. H. nach Simbach a.l. befinden sich 14, von Steindorf/Straßwalchen nach Braunau a.l. 64, von Braunau a.l. nach Ranshofen 12 Bahnübergänge ohne technische Sicherung.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

Anfrage

1. Wird die ÖBB ihren Fahrplan der geänderten wirtschaftlichen Lage im Bezirk Braunau anpassen und damit unter anderem den neu hinzukommenden Pendlern in den oberösterreichischen Zentralraum gerecht werden?

2. Wenn nein, wie begründen Sie das?
3. Werden Sie entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, um diese, durch die ungesicherten Bahnübergänge entstandene, gefährliche Verkehrssituation zu entschärfen?
4. Wenn Sie keine Maßnahmen ergreifen, wie erklären Sie das?
5. Verfügen Sie über Daten, in wie vielen Fällen ungesicherte Bahnübergänge für Verkehrsunfälle verantwortlich sind?
6. Gibt es entsprechendes Datenmaterial für das gesamte Bundesland Oberösterreich?